



Liebe Energie- und Klimaschutzinteressierte in NRW,

ein Jahr geht zu Ende und ein Neues beginnt. 2010 war für NRW, aber auch für mich persönlich, ein aufregendes und hoffnungsvolles Jahr. Gerade die Klimapolitik in einem Land voran zu treiben, das einen CO₂ Pro-Kopf-Ausstoß, das an die USA heran kommt, vorweist, ist beizeiten kein einfaches Unterfangen. Auch die Bundespolitik der letzten Monate macht die Herausforderung nicht gerade kleiner. Trotz allem sind wichtige Prozesse begonnen worden und werden 2011 weitergeführt. Die Ergebnisse von Cancún haben uns noch einmal daran erinnert, wie wichtig der soziale Ausgleich zwischen den unterschiedlich Betroffenen und Beteiligten auch in der Klimapolitik ist. Globale Gerechtigkeitsfragen werden zunehmend entscheidend für die Akzeptanz und Durchsetzungsfähigkeit einer effektiven Klimapolitik auf allen Ebenen sein. Getreu dem Motto „global denken, lokal handeln“ werden wir 2011 in NRW ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, dass die CO₂- Minderungsziele für NRW gesetzlich festschreiben wird. Wir werden uns mit dem Ausbau der KWK, der Windenergie, um eine CO₂-neutrale Landesverwaltung, eine Klarstellung der rechtlichen Bedingungen zur Genehmigung von PV- Anlagen, den Ausbau der Elektromobilität und viele andere Projekte bemühen, um 2011 weniger hoffen, sondern mehr tun zu können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und euch frohe Festtage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und eine gute Zusammenarbeit in 2011.

Eure *Wibke Brems*

P.S.: Diese Weihnachtsgrüße sind deshalb klimafreundlich, weil ich auf eine postalische Versendung von Weihnachtskarten verzichte. Deswegen kommen die Wünsche aber nicht weniger von Herzen!

Bericht aus dem Plenum

Aktuelle Stunde zu den Verhandlungsergebnissen in Cancún

In der Nacht zum 11. Dezember sind die internationalen Klimaverhandlungen in Cancún zu Ende gegangen, während derer wichtige Grundlagen für die weiteren Verhandlungen beschlossen wurden. So bekannten sich die Staaten zum Ziel, die Erderwärmung auf maximal 2°C im Vergleich zu vorindustriellen Werten zu begrenzen.

Oft erscheint es, als wäre der Klimawandel ein Phänomen der Zukunft. Ziele, die sich an 2020 oder sogar an 2050 orientieren, vermitteln uns den Eindruck, als würden die Auswirkungen des Klimawandels erst in einigen Jahrzehnten zu spüren sein. Der Schein trügt jedoch. Millionen von Menschen verspüren schon heute die ersten Auswirkungen des Klimawandels. Auch wir in Deutschland, in NRW und in den Kommunen müssen Verantwortung übernehmen und durch eine andere Energieversorgung, aber auch Energieeinsparungen und Effizienzmaßnahmen unseren Treibhausgasausstoß verringern.

Die rot-grüne Landesregierung tut dies mit der Einführung des ersten deutschen Klimaschutzgesetzes, in dem unsere Klimaschutzziele sowie ein Klimaschutzplan für Maßnahmen zur Erreichung der Ziele verankert werden.

Kraftwerksbau in Datteln

Seit das Oberverwaltungsgericht in Münster im September 2009 den Bebauungsplan für das Kraftwerk Datteln IV aufgrund von Verfahrensfehlern für ungültig erklärte, beschäftigt das Kraftwerksprojekt immer wieder den Landtag NRW. Um das Projekt nachträglich genehmigen zu können, begann die alte schwarz-gelbe Landesregierung daraufhin die Gesetzeslage durch Änderungen im Landesplanungsrecht zu verändern. Nach der Wahl verständigte sich die neue rot-grüne Regierung darauf, die ursprüngliche Rechtslage wiederherzustellen. Dies soll gewährleisten, dass sowohl Investoren als auch Anwohner nicht schlechter gestellt werden, als dies zu Beginn des Projektverfahrens der Fall war.

Um den für ungültig erklärten Bebauungsplan neu aufstellen zu können, muss nun zuerst ein neuer Regionalplan im Regionalverband Ruhr (RVR) aufgestellt werden. Dieser beschloss am Dienstag mit den Stimmen von SPD und Grünen, vor der Einleitung weiterer Verfahrensschritte Gutachten einzuholen, um die offenen rechtlichen Fragen zu klären. Die Entscheidung im RVR nahm die Opposition zum Anlass in einer aktuellen Stunde den Regierungsparteien vorzuwerfen, das Kraftwerk Datteln zu verhindern (CDU/ FDP) bzw. zu ermöglichen (LINKE) zu wollen.

Die Fraktionen von SPD und Grünen begrüßten hingegen das Vorgehen des RVRs. Denn das weitere Verfahren muss rechtlich abgesichert und einwandfrei sein, um am Ende auch einer richterlichen Überprüfung, anders als dies bei dem Verfahren unter der schwarz-gelben Landesregierung der Fall war, standhalten zu können.

Redebeiträge im Plenum

Meine Redebeiträge der Plenarsitzung vom 15. bis zum 16. Dezember zu den Themen Kraftwerksbau in Datteln und COP 16 – Klimaverhandlungen in Cancún sind auf meiner [Homepage](#) und [hier](#) zu finden.

Großer Informationsbedarf zu Unkonventionellem Erdgas in NRW

Wird es demnächst eine Förderung von unkonventionellem Erdgas auch in NRW geben? Und wenn ja, welche Risiken bestehen dabei und wie kann die Politik angemessen reagieren?

Das waren einige der vielen Fragen, die am Freitag, den 10. Dezember bei einem Fachgespräch zu Unkonventionellem Erdgas unter breiter Beteiligung der verschiedenen Akteure gestellt wurden. An die 100 Teilnehmer kamen in den Landtag NRW, um mit Vertretern des Geologischen Dienstes NRW, der ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH, der Gelsenwasser AG und des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen zu diskutieren. Ökologische Probleme wie die Verunreinigung von Trinkwasser, der Flächenverbrauch und die Entsorgung des Abwassers standen dabei im Mittelpunkt. Aber auch das Bergrecht und die Kommunalisierung der Aufsichtspflichten der Wasserbehörden wurden in diesem Zusammenhang kontrovers diskutiert. Viele Fragen konnten jedoch nicht abschließend geklärt werden, so dass weitere Gespräche und Informationen in enger Zusammenarbeit mit den Ministerien und den Gemeinden vor Ort folgen werden.

Eine Zusammenfassung und die Präsentationen der Referenten lassen sich hier finden: <http://wibke-brems.de/im-landtag/themen/>

Dipl.-Ing. (FH) Wibke Brems Mdl
Sprecherin für Klimaschutz und Energiepolitik
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Email: wibke.brems@landtag.nrw.de